

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Das Verhältnis der Kaiserin hat sich bereits wesentlich verbessert.

* Die Thronrede, mit der Kurfürst v. Hohenlohe am Dienstag den breu hischen Landtag eröffnete, befreit sich fast nur mit Verwaltungswirken. Die Finanzlage gestattet, für fast alle Zweige der Verwaltung Mehraufwendungen in Aussicht zu nehmen.

* Dem Unternehmen nach dürften demnächst sechzehn Deutschlands vorbereitende Schritte geschehen, um in Verhandlungen mit der chinesischen Regierung einzutreten wegen Abschluss eines neuen Handelsvertrages.

* Der Nord. Allg. Blg.¹ ist zu entnehmen, daß der Reichsvertrag zwischen dem Reich und China über Kiautschau noch inzwischen eingetroffenen weiteren Nachrichten auf einen Zeitraum von 99 Jahren abgeschlossen ist. — Nach dem Ostasiatischen Kongreß sind neun Chinesen, die sich an der Errichtung des belben deutschen Missionare in Tschantiausang beteiligten, ergreifen worden; in ihrem Besitz fand man eine Menge Eigentum der Missionare. Ein Kaiserlicher Erlass bestimmt dem inzwischen zum Bischof von Szekuan ernannten Erzbischof von Apingheng, Schantiausang nicht einer zu verlassen, als bis die Errichtung des belben deutschen Missionsnare in Tschantiausang gesühnt ist.

* Am Sonntag sind die Beitrags-Urkunden über das deutsch-französische Togo-U. gekommen in Berlin und Paris ausgetauscht worden. Damit hat diese Frage ihren vollen Abschluß erreicht.

* Das Reichsmarineamt hat als Ergänzung des mit dem Flottengesetz veröffentlichten statlichen Materials betr. die See-Interessen des Deutschen Reiches, die Zusammenstellung und die Herausgabe eines weiteren Materials in Aussicht genommen, die sich vor allem auf Vergleichungen der See-Interessen der übrigen Länder beziehen soll.

* Der Reichstag trat am Dienstag zu seiner ersten Sitzung nach den Weihnachtsferien zusammen. Auf der Tagesordnung stand die erste Lesung der Gesetzentwürfe betr. die Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Zivilprozeßordnung.

* Bei der vor kurzem in Aachen vorgenommenen Verhaftung eines Bezirksselbstverwalters handelt es sich um Landesverrat. Die Sache ist bereits beim Reichsgericht abhängig gemacht.

* Mit dem 1. Januar ist in Südwestafrika eine sehr wichtige Verordnung in Kraft getreten, welche in den tropischen Kolonien bereits existierte, für Südwestafrika, wo allerdings eigentümliche Verhältnisse vorliegen, aber noch nicht. Die Verordnung betrifft die Einführung von Feuerwaffen und Munition und den Handel damit, der nur noch der Kaiser-Landeshauptmannschaft gestaltet sein soll. Wer von den Einwanderern Feuerwaffen und Munition zum eigenen Gebrauch mitschlägt will, bedarf dazu der Erlaubnis der Landeshauptmannschaft, deren Erteilung davon abhängig gemacht werden wird, daß der Betreffende hinreichende Sicherheit dafür gewahrt, daß er nicht an dritte Feuerwaffen oder Munition verkauft oder sonstwie versiegt.

Oesterreich-Ungarn.

* Der österreichische Reichsrat soll, tschechischen Quellen zufolge, unbestimmt dortum, ob früher eine friedliche Beilegung der Sprachenfrage erfolgt oder nicht, anfangs März einberufen werden, um den Versuch zu machen, verfassungsmäßige und parlamentarische Zustände durch das Parlament selbst wiederherzustellen und dadurch ein Weiterregieren auf Grund des § 14 zu vermeiden. Auch soll es zutreffend sein, daß, falls vorher eine friedliche Beilegung der Sprachenfrage nicht erfolgt, die Regierung noch vor dem Zusammentritt des Reichsrats eine beide Nationalitäten befriedigende Sprachen-Verordnung erlassen wird.

Drei Schwestern.

17) Roman von C. v. Berlepsch.
(Fortsetzung.)

Das weiß ich. Aber ich fürchte, der Großfürst glaubt an ein Einverständnis zwischen Ihnen beiden und fühlt sich zurücksiegt. Also vorhätigt, Alice! Süßland ist ein in gewissen Beziehungen barbarisches Land, und ich zittere, wenn ich an alle möglichen Folgen denke, die für Sie aus einem Zusammenstoß zwischen den beiden Brüdern entstehen könnten."

Alice war nachdenklich geworden. Sie musterte Frau von Horst recht genau.

Großfürst Georg kam ebenso häufig wie sein Vetter und die anderen Rivalen. Er war höchst stets rücksichtsvoll gegen Alice gewesen. Er und alle, die hier erschienen, wußten ganz genau, daß sie hier nicht den Ton in der Unterhaltung anschlagen durften, wie bei anderen Theaterdamen. Schon daß die traditionelle Theaternutter fehlte, war ein Beweis dafür. Statt dieser fungierte eine deutsche adelige Dame, die mit dem Sohn der feinen Welt so genau vertraut war, daß die Herren sich auch nicht den kleinsten Vorstoß erlaubten. Alice empfing zur Bistensstunde, aber immer im Gegenwart Frau von Horst. An Tagen jedoch, an welchen sie abends tanzte, blieb ihre Thür allen Besuchern ohne Ausnahme verschlossen, selbst der Großfürst war dann nur von Frau von Horst empfangen worden. Doch immer und überall hatte er, dank seiner Stellung, Vorrang gegeben, und hier bei dieser kleinen deutschen Tänzerin sollte er nun plötzlich auf dieses Vor-

* In Prag ist seit Montag früh das Standrecht wieder aufgehoben.

* In einer vom Tschechenfluß beschlossenen Proklamation wird unter Hinweis auf den Zusammentritt des österr. Landtages betont, daß das Tschechenvolk der Kaiser der Ruhe und des Friedens sein werde. Sobald wird in der Proklamation erklärt, daß durch die Ausschließungen nur jenen der größte Dienst erwiesen sei, welche das Tschechenvolk durch Heitereien zu unlösbaren Handlungen bringen wollen. — Solche Heitereien sind auch nicht zur Verhinderung angebracht.

Frankreich.

* Etterhag ist vom Kriegsgericht freigesprochen worden, worüber in Paris ein unbeschreiblicher Jubel herrschte. Die Boulevardblätter erblicken in dem Freispruch eine zweite Verurteilung Dreyfus'. — Die Beibehaltung der wichtigsten Zeugenaussagen im Prozeß Etterhag verstimmt die Dreyfus-Partei, deren Organe das Kriegsgericht als eine Komödie bezeichnen.

* Am Samstagabend, wie die Times' melde, die Arbeiten stetig fort, jetzt sind 3500 Arbeiter beschäftigt. Man betrachtet eine Vollendung des Kanals für wahrscheinlich.

Italien.

* Eine große Anzahl regierender Männer wird aus Anlaß des Verfaßungsbildungs-Italiens in Turin zusammenkommen. Es soll nach der Fanfara der Besuch des deutschen und des russischen Kaiserpaars sowie der Könige von Sachsen, Württemberg, Belgien und Rumänien in Turin zu erwarten sein.

* Die offizielle italienische Opinione' bemerkt zu der ostasiatischen Frage: Es ist nicht notwendig, daß auch Italien Schweiz und Leute nach China schickt. China braucht nicht unsere Produkte, und unsere Industrien können dort nicht mit den riesigen Industrien Deutschlands und Englands wettstreiten. Es ist besser, daß wir Fremde nach Italien zu lokalen suchen, damit sie unter mildem Klima, unsere Kunstschule, unsere große Vergangenheit genießen. Mit dem Gelde, das sie uns bringen, können wir unsere Schulden im Auslande bezahlen."

Spanien.

* General Weyler scheint doch nicht so leichtes Kaufs darzukommen zu sollen. Die Madrid aufgetauchten und im Auslande verbreiteten Nachrichten über eine Entscheidung des ersten Kriegsrates betr. den General Weyler werden in einem Telegramm aus der spanischen Hauptstadt für ungutstreich erklärt. Die am Samstag geführte Entscheidung des hohen Rates erblieb ein Vergehen in dem Verhalten Weylers und trug dem Generalkapitänen des Distriktes als richtlicher Behinde auf, den Prozeß einzuleiten; der hohe Rat behält sich jedoch vor, den Prozeß hinterher zu prüfen. Auf Grund dieser Entscheidung wurde ein Militärprokurator ernannt, der die Untersuchung vornehmen soll, damit Weyler vor dem Kriegsrat erscheine. Die Entscheidung, welche einstimmig und den Berichten der Generalprokuratorin gemäß gefaßt worden war, soll überall einen guten Eindruck hervorgerufen haben.

* Aus Cuba liegen eine Reihe von Melbungen vor, wonach durch Einführung der Autonomie die Lage für Spanien in der That eine wesentlich bessere geworden sein soll. Andernfalls dauern die Kämpfe mit den unerhörlichen Aufständischen fort. Eine Depesche aus Havanna meldet, General Ochoa, welcher einem Transport befehligte, hätte bei Bayamo mehrere Gefechte mit den Aufständischen gehabt; die Spanier nahmen drei Lagerplätze der Aufständischen; diese hinterließen acht Tote und zahlreiche Waffen.

Württemberg.

* Der Minister für Volksaufklärung, Graf Deljanow, ist gestorben.

* Eine Petersburger Drahtmeldung besagt, daß Londoner "Sunday Special" folgende schwere ein Notenaustausch zwischen Russland,

Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich über die Möglichkeit, die Einflussphären der verschiedenen Mächte in Ostasien, namentlich in China festzustellen; wenn eine Verständigung erzielt sei, werde England eingeladen werden, seine Ansichten und Wünsche über den Gegenstand auszudrücken.

* Gleichzeitig ungenau und einander widersprechende Nachrichten gehen um betrifft Verhandlungen, die zwischen England, Frankreich und Japan wegen der Zukunft Koreas gepflogen werden. Ebenso unsicher lauten die Nachrichten über eine große chinesische Armee, von der man noch nicht weiß, ob sie von den Engländern oder von den Russen besorgt werden wird.

Deutscher Reichstag.

Am 11. d. wurden die Anwesenheit von etwa 40 Mitgliedern die Verhandlungen mit der ersten Sitzung der Justiznovelle wieder aufgenommen.

Staatssekretär Reiterberg bewirkt, die Belegung des Hauses sei nicht derart, daß sich ein Vertreter der verbündeten Regierungen angeregt fühlen sollte, mit ausführlichen Verhandlungen vorzutreten. Stedner bezeichnet die Vorlage als ein Modellbild, dessen Linien in der Generalabschaffung klarzulegen seien. Das darin enthaltene Gerichtsverfassungsgesetz soll die Abänderungen einführen, die durch die materiellen Rechtsveränderungen im Bürgerlichen Gesetzbuch bedingt würden. Die Novellen zum Straf- und zum Zivilprozeß enthielten auch Änderungen in anderen Punkten zum Teil im Anschluß an die Resolution, die der Reichstag zum Bürgerlichen Gesetzbuch seiner Zeit angenommen hatte. Im allgemeinen muß das gegenwärtige Prozeßverfahren vereinfacht werden, z. B. im Punkt des Anwaltszwanges. Man will verhindern, den Stand der Rechtskonkurrenz zu haben und weiterhin das Reichsgericht zu entlasten im Interesse der einheitlichen Rechtsprechung. Ebenso sollen das Entwidmungsverfahren und die Zwangsvollstreckung Reformen unterzogen werden. Um dem neuen Bürgerlichen Rechte die Wege zu ebnen, habe man die Reformen in möglichst Grenzen gehalten. Der Reichstag möge daher Selbstverhandlung in seinen Anschauungen über und hoffentlich der Reform des Bürgerlichen Rechtes das letzte Siegel aufdrücken.

Abg. Rintelen (Kenz.) hält die Zustimmung des Reichstags zu den Punkten für angezeigt, die zur Durchführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs nötig sind. Beiglich der anderen Punkte, die zum Teil früher gewünschten Wünschen entsprechen, müßten auch noch andere hervorgekommene Forderungen berücksichtigt werden. Zu hoch seien die Prozeßkosten. Man solle daher das Aufstellungsrecht vereinfachen. Die Erhöhung der Revision bedürfe einer sehr eindeutigen Befürderung. Er beantragt Kommissionsberatung.

Abg. Kamp (Freikons.) bemerkt einleitend, die Zivilprozeßordnung sei kein glücklicher Griff unserer Gesetzgebung gewesen. Die Rechtsprechung entstammt noch der Vorzuglichkeit unseres Altherenandes immer mehr vom Rechtsbewußtsein des Volkes, besonders auf dem sozialpolitischen Gebiete. Die Errichtung eines Kortermes im Auslande werde zur Vereinfachung des Verfahrens und zu Vergleichsbeiträgen. Rechner wünscht Kästen für die Ausübung des Rechtskonkurrenz-Gewerbes, das in vielen Bundesstaaten gar nicht entbehrt werden kann. Dagegen könne er die Erhöhung der Rechtskosten nicht zustimmen. In den letzten Jahren habe die Vernichtung oberlandesgerichtlicher Einstimmigkeit zugestimmt. Auch bei 1500 Kr. schon eine gehörige Grenze. In Belgien und Frankreich und in Preußen bei Vermählungskosten kenne man überhaupt keine Rechtskosten. Infolge des Bürgerlichen Gesetzbuches habe das Reichsgericht eine ganz andere Aufgabe bekommen; es werde Jahrzehnte dauern, bis ein einheitliches Recht geschaffen sei.

Abg. Tuny (nat.-lib.) führt aus, der Vortermin sei sehr vorteilhaft. Die Justizprozeß-Ordnung sei zu formalistisch, aber die Novelle sei nicht der Ort für grundlegende Reformen. Bericht sei die Erhöhung der Rechtskosten im Auslande, wo man ein einheitliches Recht schaffen möchte. Rechner beantragt die Verweisung an die 16er Kommission.

Abg. Träger (fr. Bp.) weist darauf hin, daß der Entwurf in zwei Teile zerfällt, in notwendige und nicht notwendige Bestimmungen. Erster bewegen sich im Rahmen des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Die Erleichterung des Schulden bei Zwangspolstreitungen lasse sich nicht auf die lange Bank schieben. Der wichtigste Punkt sei die Erhöhung der Rechtskosten, gegen die sich erfreulicherweise bisher alle zum Wort gemeldet haben ausgesprochen hätten. Auch die freikirchige Volkspartei werde mit aller Entschiedenheit dagegen stimmen. Die Entlastung des Reichs-

gerichts sei doch nicht die Hauptsaite; Hauptsaite sei vielmehr die Herstellung einer einheitlichen Rechtsprechung. Durch die Verhinderung der Novelle werde dieser Zweck gewiß nicht erreicht. Mit der Größe des Objekts würde durchaus nicht die Wichtigkeit der Rechtsfrage. Das Gegenteil sei oft der Fall, z. B. im Wegelerecht. Bei der Beratung der Zivilprozeß-Ordnung habe sich die Regierung selber gegen eine Erhöhung der Rechtskosten ausgesetzt. Hoffentlich werde die Kommission eine brauchbare Vorlage zur Prüfung und Überarbeitung des Rechtsbewußtseins zu stanzen bringen.

Abg. v. Dzembowski-Pomian (Pole) plädiert gleichfalls für Verbesserung der Vorlage. Die Höhe der Gerichtskosten sei ein wesentlicher Grund der Abneigung des Publikums gegen das Rechtsystem.

Preußischer Landtag.

In seiner ersten Sitzung am Dienstag wählt das Herrenhaus sein bisheriges Präsidium, den Fürsten zu Wied, den Freiherrn v. Mantuelli und den Oberbürgermeister Beder (Adm.), wieder.

Abg. v. Müller als Präsident der vorigen Session die Sitzung mit einem Hoch auf den König und beiwohnen. Abg. v. Müller als Präsident der vorigen Session die Sitzung mit einem Hoch auf den König und beiwohnen. Abg. v. Müller als Präsident der vorigen Session die Sitzung mit einem Hoch auf den König und beiwohnen. Abg. v. Müller als Präsident der vorigen Session die Sitzung mit einem Hoch auf den König und beiwohnen.

Von Nah und Fern.

Berlin. Die von den Stadtverordneten beschlossene Biersteuer von 1 Mt. pro Hektoliter ist von der Regierung nicht genehmigt worden; es dürfen nur 65 Pf. pro Hektoliter erhoben werden.

Leipzig. Seit Einführung des elektrischen Straßenbahnbetriebes und des Bahnpostamt-Berechtigungs-Ordnung hat sich der Verkehr weit über das Doppelte erhöht. Während 1895 21 242 891 Personen befördert wurden, hat im vergangenen Jahre die Große Leipziger Straßenbahn 37 036 135, die Leipziger Elektrische Straßenbahn 11 023 138 Personen befördert. Insgesamt sind dies 48 059 273 Personen, also eine Zunahme um über 125 Prozent!

Stendal. Der Eisenbahnhofsvorsteher Gerde ist auf Station Vinzelberg, Strecke Berlin-Hannover, von einem in Jahren befindlichen Güterzuge abgeprallt, unglücklich gefallen und gegen einen Preßstein geschlagen, so daß der Tod infolge eines Hemmbruches eintrat.

Köln. Schon wieder wurde im Zentrum der Stadt, in aller nächster Nähe der Schiffbrücke ein Haubanfall verübt an einem Mann, der auf dem Wege nach Hause die Hosengasse passieren wollte. Rechte Stricke fingen aus einem Verkehr, überfielen den Mann und drohten ihm beratige Verletzungen bei, daß er durch die Feuerwehr dem Hospital überstieß. Als Schritte hörbar wurden, entflohen die Raufbolde und entkamen unverletzt. Von der städtischen Gefahrdrohung geforderten, bringend notwendigen Polizeiverstärkung verlautet bisher nichts.

M. Gladbach. Die Polizeibehörde hat diejenigen Gewerbetreibenden, die Dampfpfeifen und Rebstocker in ihrem Betriebe benutzen, auf Grund einer Regierungspolizeiverordnung von 1873 aufgefordert, sie bis zum 1. Februar außer Thätigkeit zu setzen. Aus der Bürgerlichkeit waren über den Alarm, der durch diese Beleidigung verursacht wird, mehrfach Beschwerden eingegangen.

Bonn. Anfangs vorigen Monats hatten mehrere Studenten auf dem Markte ein Ladenschild aufgehängt und waren dadurch mit dem Nachtwächter Ingeler aneinander geraten. Es kam schließlich zu einer Prügelei, bei der der Wächter von einem der Studenten mit einem schweren Stock einen Hieb auf den Kopf bekam, der einen langen Hautriß zur Folge hatte. Ingeler war zunächst acht Tage Dienstunfähig, daß dann wieder drei Nächte Dienst, mußte danach aber wieder zu Hause bleiben. Nach und nach stellten sich immer heftiger werdende Fieber ein, die zum Tode führten.

Kleve. Der Wirt Pollmann zu Dombrüggen schlug drei Soldaten von der hiesigen Garnison nieder, die gewaltsam in sein Lokal eintraten und dringen wollten. Alle sind schwer verwundet.

Potsdam. Alice lehnte ab. Sie motivierte ihre Ablehnung durch ihre Gewohnheit, nach einem Austreten niemals mehr auszugehen, und glaubte nun aller Weiterungen überhoben zu sein. Doch fiele, die Vorstellung wurde verschoben, und so blieb ihr nichts übrig, als zuzuhören.

Es waren einige sehr unsympathische Personen unter den Ingelanden, und schon aus diesem Grunde wollte Alice fernbleiben.

Prinz Paul in seinem Kortermes dadurch gedrängt sein würde, auch die übrigen Damen möchten eine Überhebung ihrerseits darin erblicken, und es sei unvorsichtig von Alice, die Kolleginnen gegen sich aufzutreiben.

Alice erschien in Begleitung der Frau von Horst. Beide in eleganter aber einfacher Toilette. Erstere in dunkelblauer Seide mit einer gelben Rose im Haar, letztere in schwarzer Seide. Der Großfürst schien es heute darauf abgesehen zu haben, Alice zurückzulegen; er erwies ihr nur die notwendige Aufmerksamkeit; die er ihr als Gattegeber schuldig war. Auch Prinz Paul schien anderweitig beschäftigt zu sein und keine Zeit zu haben, sich ihr mehr, als die äußerste Höflichkeit verlangte.

Als man zu Tisch ging, führte der Großfürst die Primadonna, der Prinz aber die Heroine, für Alice und Frau von Horst fanden sich fast zuletzt der Intendant und der Kapellmeister des deutschen Theaters. Doch waren beide es zufrieden. Sie sahen weit entfernt vom Mittelpunkt, den selbstverständlich der Großfürst bildete. Dort ging es sehr lebhaft zu.

Der Champagner floss in Städten, lautlos